



Abendblatt.
Anzeigenannahme und Zeitungsbestellung in der Geschäftsstelle...

Verkaufsstellen für die livaltige Zeitungs- oder deren Raum: 40 Pf. (Wittig, u. Abendblatt 45 Pf.), bei den Zeitungen aus Schlesien u. Polen 30 (begl. 25 Pf.), im Abonnement für den Bezugsgebiet 20 Pf., Abonnementpreis u. Stellen...

Die Kanzlerrede.

Die feindlichen Staatsmänner, die bisher jeden aufrichtig gemeinten Versuch des deutschen Reichskanzlers, die Hand zum Frieden zu bieten, als ein Zeichen von Schwäche betrachtet und mit einer Anmaßlichkeit sondergleichen Kriegsziele aufgestellt haben, als wären sie die Sieger und nicht die schon Besiegten, mußten durch die gestrige Kanzlerrede in einige Verlegenheit geraten, wenn sie eines solchen moralischen Gefühls noch fähig wären. Die Art allerdings, wie sie aus dem deutschen Seesieg vor dem Skagerrak einen englischen Erfolg wenigstens auf dem Papier zurechtzulegen, läßt erkennen, daß es moralische Verlegenheiten für sie nicht mehr gibt. Für sie versteht sich das Unmoralische von selbst, aber wie wollen sie jetzt noch das Lügengewebe von Deutschlands Schwäche und Friedensangst aufrecht erhalten? Wie wollen sie sich noch als diejenigen aufspielen, denen das schwache Deutschland nun bald zu Kreuze kriechen muß? Wir reden ihnen nicht mehr von Frieden, wir lassen ihr Geschick sich erfüllen, denn jedes weitere Friedensgespräch, wenn es von uns begonnen wird, ist zurzeit nichtig und vom Ubel!

So sprach der Kanzler, und über dieses Wort wird der ganz überwiegende Teil des deutschen Volkes nur die höchste Genugtuung empfinden. Wenn es einen Weg zum Frieden gibt, so ist es der, daß wir nicht von ihm anfangen, sondern ihn durch die Tat erzwingen. Und auf diesen Weg können wir uns verlassen. Jeder neue Monat bringt uns auf ihm ein gutes Stück weiter. Von den Lehren der Kriegskarten wollten unsere Feinde nichts wissen, weil sie sie uns wegdisputieren zu können glaubten. Jetzt ist es aus mit dem Disputieren, jetzt bleibt ihnen nur noch die Kriegskarte selbst, und da wird sich schon das Verständnis notgedrungen allmählich einstellen.

An diese hocherfreuliche Absage hat dann der Kanzler noch eine Auseinandersetzung geknüpft, die sich zu einer Abrechnung mit verschiedenen Kritikern seiner Politik im eigenen Lande gestaltete. Um den Feind zu besiegen, müssen wir im Innern einig und geschlossen sein. Das steht fest. Aber Meinungsverschiedenheiten lassen sich nicht ganz unterdrücken, sie dürfen nur nicht zum Schaden des ganzen unterdrücken. Der Kanzler glaubt, daß diese Grenze nicht innegehalten worden ist. Anonyme und offene Druckschriften, die sich gegen ihn richten, sind verbreitet worden, die nach seiner Ansicht das Vertrauen des deutschen Volkes in seine Führung zu erschüttern geeignet sind. Gegen diese Angriffe hat der Kanzler sehr scharfe Worte gebraucht. Er hat von giftigen, fortschleichenden Verleumdungen, von Schmähungen und Verleumdungen in der Heimat gesprochen. Er hat auch Irrtümer, auf denen die Angriffe beruhten, nachgewiesen. Man mag wohl bestreiten, daß diese Schriften wirklich die vom Kanzler befürchtete oder behauptete Folge gehabt haben, die Geschlossenheit und Einigkeit des deutschen Volkes zu gefährden. Anonyme Pamphlete üben selten eine tiefe Wirkung aus, und an Angriffe auch scharfer Art gegen Politiker, Staatsmänner und selbst noch höher stehende Persönlichkeiten ist die heutige Zeit einer überlaut gewordenen Publizistik nachgerade so gewöhnt, daß sie nicht übertrieben bedacht zu werden pflegen. Generallandschaftsdirektor Rapp aber, der mit seinem vollen Namen für seine Worte eingetreten ist, dürfte gegen den Vorwurf, das Vaterland haben schädigen zu wollen, wohl gefeit sein; hier muß ein Mißverständnis vorliegen, das hoffentlich noch Aufklärung finden wird. Die große Erregung, die sich des Kanzlers bemächtigt hatte, hat ihn da zu weit geführt.

Der schwungvolle Hymnus auf die nationale Einigkeit, die der Krieg dem deutschen Volke beschert hat, war wirkungsvoll und berechtigt. Und der Kanzler des deutschen Reiches hat ganz gewiß die hohe und heilige Aufgabe, dieses wunderbare, so schwer errungene, teuer erkaufte Gut zu hegen und zu pflegen, unbekümmert um veraltete Parteigegensätze. Er hat auch recht darin, daß wir die alten Begriffe von nationalen und antinationalen Parteien revidieren müssen; er hat hoffentlich auch recht darin, daß auch in Zukunft das Nationale sich von selbst verziehen werde. Aber warum diese scharfe, ja schroffe Betonung? Wir sehen nicht, daß gegen die in der Front stehenden Deutschen parteipolitische Unterschiede geltend gemacht werden. Was aber die Parteien in der Heimat betrifft, so können wir doch nur hoffen, daß die Zukunft die im Kriege gewonnene Ausdehnung des nationalen Gedankens bestätigen möge. Den Beweis muß eben erst die Zukunft selbst bringen.

Französische Angriffe auf dem östlichen Maasufer abgeschlagen.

Die englischen Verluste in der Seeschlacht. Verluste an Menschen über 7000 Mann.

Die Kriegslage.

(Amtlicher Bericht.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem östlichen Maasufer wurden die Stellungen tapferer Ostpreußen auf dem Jumin-Rücken im Laufe der Nacht nach erneuter sehr starker Artillerievorbereitung wiederum viermal ohne den geringsten Erfolg angegriffen; der Gegner hatte unter unserm zusammenwirkenden Artillerie- und Maschinengewehr- und Infanteriefeuer besonders schwere Verluste. Im übrigen ist die Lage unverändert.

Ostlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

An deutscher Front keine besonderen Ereignisse.

Oberste Heeresleitung.

Die Seeschlacht vor dem Skagerrak.

WTB. Berlin, 6. Juni. (Amtlich.) Engländer, die von der deutschen fünften Torpedobootsflotille während der Seeschlacht vor dem Skagerrak aufgefischt

wurden, haben ausgefagt, daß der Schlachtkreuzer „Prinzeß Royal“ schwere Schlagseite gehabt habe, als die „Queen Mary“ im Gefecht mit der deutschen ersten Aufklärungsgruppe und fast gleichzeitig der kleine Kreuzer „Birmingham“ sanken. Ferner seien an diesem Teile des Gefechts alle fünf Überbreadnoughts der „Queen Elizabeth“-Klasse beteiligt gewesen. Andere englische Gefangene, welche von der deutschen dritten Torpedobootsflotille gerettet wurden, haben unabhängig von einander und unter schriftlicher Bestätigung ausgesagt, daß sie das Sinken des „Warspite“, des Schlachtkreuzers „Prinzeß Royal“ und von „Turbulent“, „Mellor“ und „Maclister“ mit Sicherheit gesehen hätten. Von einem deutschen U-Boote ist 90 Seemeilen östlich der Lyne-Mündung nach der Seeschlacht vor dem Skagerrak ein Schiff der „Ironduke“-Klasse mit schwerer Schlagseite und mit sichtlich viel Wasser im Vorschiff mit Kurs auf die englische Küste gesichtet worden. Dem Unterseeboot gelang es wegen ungünstiger Stellung zu dem Schiff und wegen schwerer See nicht, zum Schuß zu kommen.

Der englische Verlust an Menschenleben während der Seeschlacht vor dem Skagerrak wird auf über 7000 geschätzt.

Aus dem Reichstage.

§§ Berlin, 6. Juni. Im Reichstag wurde nach Beantwortung kurzer Anfragen, wobei unter anderem erwähnt wurde, daß der Regierung von einem Zwange auf jugendliche Textilarbeiterinnen in Schlesien zu schweren Arbeiten im Steinergewerbe und in der Landwirtschaft nichts bekannt sei, der Antrag auf Zustimmung zur Vertagung des Reichstages bis zum 26. September erteilt.

Dann setzte das Haus die Beratung des Etats fort. Dazu erschien auch der Reichskanzler.

Der Zentrumsgabgeordnete Spahn ging zunächst auf die für uns hoffnungsvolle Kriegslage ein und sprach die Überzeugung aus, daß die Hoffnung unserer Feinde auf unsere Aushungerung zu Schanden werden wird. Wir haben das Vertrauen, daß die Sonne des Friedens auf ein glückliches Deutschland herabschauen wird. Über diesen Frieden zu reden, ist nach den Erklärungen des Reichskanzlers heute noch nutzlos. Im übrigen können wir über die Kriegsziele uns nicht ein solches Bild machen wie die Regierung, weil wir nicht die Möglichkeit haben, die erforderlichen Grundlagen zu prüfen und zu bewerten. Wir können unsern Einfluß nur nach der Richtung geltend machen, daß wir auf die Anschauungen des Reichskanzlers einwirken. Das kann sich aber nur von Mund zu Mund und in geschlossenem Raume vollziehen. Gewiß gibt es verschiedene Meinungen über verschiedene Möglichkeiten. Es ist zu erwarten, daß der Reichskanzler auch fernerhin in den mündlichen Vorlesungen und Aussprachen dem Reichstage die wünschenswerten Aufklärungen geben wird. Die Angriffe, denen gegenüber er gestern die Flucht in die Öffentlichkeit antrat, rühren sicher nicht von Parteien des Reichstages her. Sie sind aber nicht bloß geeignet, das Volk zu beunruhigen, sondern sie dienen auch unseren Feinden in Paris und London, die manchmal noch besser unterrichtet sind über unsere Verhältnisse, wie wir zu Hause, aber gleichzeitig führen sie im Auslande zu falschen Schlüssen über unsere politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Solche Dinge verlängern den Krieg, und unsere Söhne draußen müssen dafür büßen. Mit dem Kanzler sind wir in dem Wunsch einig, daß die Unterscheidung zwischen „nationalen“ und „antinationalen“ Parteien verschwinden möge. Wir wollen des Kaisers Wort erfüllen: „Ich kenne nur noch Deutsche.“ (Lebhafter Beifall.)

Der Sozialdemokrat Gradnauer führt aus: Die Flucht ins Ausland in die Öffentlichkeit zeige, wie stark, erbittert und giftig die Angriffe gewesen seien, die aus dem Hinterhalt gegen die Politik des Kanzlers gerichtet worden seien. Es handele sich um einflußreiche und mächtige Kreise, zwar schwach an Zahl, aber stark an Geld und Macht. Die Angriffe des Abgeordneten Graefe und Firsch seien nur ein lautes Vorspiel gewesen. Die Hintermänner der Schmähschriften seien auszuweisende Eroberungspolitiker und rücksichtslose Gewaltmenschen. Gewaltmenschen nach innen und außen. Die vom Kanzler ans Licht gezogenen Machenschaften seien schon in der Zeit vor dem Kriege und bei dessen Ausbruch betrieben worden. Der Kanzler könne sich zu diesen Angriffen eigentlich nur Glück wünschen. Wenn das, was er gestern gesagt habe, der Wahrheit entspräche, so bewei-

Aber das hat mit dem politischen Leben während des Krieges nichts zu schaffen. Im Kriege müssen die Parteikämpfe zurücktreten, muß aber auch von der Regierung alles vermieden werden, was den schlummernden Parteigeist aufzuwecken geeignet ist. Vielleicht haben trotz guten Willens die Parteien hier und da gesündigt, vielleicht ist auch die Regierung nicht schuldlos daran. Aber die etwa hier begangenen Fehler wiegen nicht so schwer, daß sie die nationale Einigkeit beeinträchtigen könnten, von deren Notwendigkeit das deutsche Volk mit dem Kanzler überzeugt ist und von deren unverminderter Wirksamkeit die eben gefaßten steuerlichen Beschlüsse des Reichstages Zeugnis abgelegt haben.

Die russische Entlastungsoffensive.

npr. Das Organ des Kriegsministeriums „Russki Invalid“ prophezeit für die nächste Zeit bedeutsame Geschehnisse auf dem russischen Kriegsschauplatz und auch verschiedene andere Blätter geben zu erkennen, daß demnächst größere Ereignisse im Osten zu erwarten sind. In Übereinstimmung mit diesen Ankündigungen wird von der russischen Grenze neuerdings eine ungewöhnliche Belebung der rüdwärtigen Verbindungen gemeldet, es ist denn auch seit Ende Mai eine lebhaftere Tätigkeit, besonders an der ostgalizischen Front zu beobachten. Je mehr es den I. u. E. Truppen gelang, den italienischen Widerstand in Südtirol und Oberitalien zu überwinden, um so intensiver wurde die Feuertätigkeit an der bessarabischen und wolhynischen Front, wo in den letzten Tagen die Geschützkämpfe stellenweise den Charakter einer regelrechten Artillerieschlacht angenommen haben. Auf dem Frontabschnitt der Armee des Generalobersten Erzherzog Josef Ferdinand stand sogar am Sonntag eine Strecke von nicht weniger als 25 Kilometern Breite unter russischem Trommelfeuer. Außerdem machten sich überall, von Bessarabien bis Wolhynien, Anzeichen eines unmittelbar bevorstehenden Infanterieangriffes bemerkbar. Der überraschend große Munitionseinsatz ist ein Beweis dafür, daß Rußland die Kampfpause der letzten Wochen und Monate dazu benutzt hat, um die seit der Märzoffensive entstandenen Lücken wieder aufzufüllen. Offenbar hat dabei auch die französische Heeresleitung das ihrige getan, die zahlreichen Ingenieure, Techniker und ausgebildete Metallarbeiter Rußland zur Verfügung stellte, um in der Leitung und im Betriebe der Fabriken Verwendung zu finden. Man wollte auf diese Weise in erster Linie Rußland von den japanischen Kriegslieferungen unabhängig machen, gegen die in Rußland und Frankreich sowohl aus materiellen wie wirtschaftlichen Gründen Bedenken zu bestehen scheinen. Man wird abzuwarten haben, ob die an den russischen Fronten herrschende Bewegung die Einleitung neuer umfangreicher Operationen bedeutet oder ob sie nur darauf berechnet ist, den Mitteln, besonders Ställen, Eifer und Interesse vorzuläufchen. (B. a.)

es, daß nicht Deutschland die Schuld am Ausbruch des Krieges trägt, wie die Entente behauptet. Die Angriffe richten sich besonders gegen den „schlappen“ und „flauen“ Reichskanzler. Die Kreise, aus denen die Angriffe kommen, haben wohl schon einen neuen Reichskanzler in petto, der weiterschauenden Eroberungsplänen geneigter sein dürfte.

Der Nationalliberale Wassermann meinte, der Reichskanzler habe der Schrift von Junius Alter eine zu große Bedeutung beigelegt, als ob hinter der Schrift eine anonyme Autorität stehe. Die Zensur habe eine solche Menge von Verstimmung und Unruhe herbeigeführt, daß diese sich schließlich einen Weg suchte. So sei die Erörterung über die Kriegsziele in zu weitgehendem Maße unterdrückt worden. Für die Zukunft sei eine Neuorientierung auch in dem Sinne nötig, daß der Geist der Vertikalisierung ein neuer würde. Die Nationalliberalen haben sich lediglich vom vaterländischen Gesichtspunkte leiten lassen, sie sind allerdings der Meinung gewesen, daß durch einen rücksichtslosen Unterseebootskrieg England niedergebungen werden könnte.

Der Fortschrittler v. Payer sagte, es sei nötig gewesen, der Brunnengurgel entgegenzutreten; aber der gegen den Kanzler ausgesprochene Haß sei derartig, daß er kaum noch für zurechnungsfähig zu betrachten sei.

Der konservative Graf Westarp führte aus: Der Angriff des Kanzlers gegen Dr. Kapp sei übertrieben; auch in anderen Gegenseiten stehe trotz übertrieben scharfer Form doch vielfach ein berechtigter vaterländischer Kern, den der Kanzler nutzbar machen sollte. Die Politik des Kanzlers gegenüber der Sozialdemokratie betrachten die Konservativen als falsch, denn die Sozialdemokraten halten an ihrem Programm: Klassenkampf, Umwälzung der Gesellschaftsordnung und Republik, fest. Allerdings ist dem Feinde gegenüber das ganze Volk einig, und auch die Konservativen sind ihm dafür dankbar und betonen seine Leistungen. Schließlich verlas Graf Westarp eine Erklärung gegen den Gedanken einer Friedensvermittlung durch Wilson. Dieser Gedanke sei unerträglich, besonders nachdem der amerikanische Botschafter von der Möglichkeit eines amerikanischen Druckes gesprochen habe. Deutschland müsse daran denken, infolge des U-Bootskrieges die Freiheit der Entschließung wieder zu nehmen.

Der Reichskanzler verteidigte seine Auffassung der Schrift von Kapp. Von einer Friedensvermittlung durch Wilson sei noch kein offizielles Wort an ihn herangekommen. Das Festhalten der Sozialdemokraten an ihrem Dogma sei allerdings bedauerlich. Jetzt soll man aber solche Fragen von Dogmen zurücktreten lassen und sich an der Einigkeit des Volkes in dem Willen zum Siege genügen lassen. Lediglich ein solcher Optimismus gebe ihm jetzt die Kraft zu seiner schweren Arbeit. Vor allem sollten aber auch die Sozialdemokraten ihrerseits solche Beschuldigungen unterlassen, als ob die Schwerindustrie aus Geldgier den Krieg verlängere. Sie sollten doch daran denken, was unsere Industrie gerade für den Krieg geleistet habe, und daß wir den Krieg ohne diese Leistungen der Industrie längst verloren hätten.

Des Kanzlers „Flucht in die Öffentlichkeit“

SS Berlin, 6. Juni. Die gestrige Rede des Kanzlers wird heilte begrifflichweise ein Nachspiel haben. Die Führer der Parteien werden, wie schon nachgeteilt wurde, auf die Ausführungen des Kanzlers bei Fortsetzung der dritten Beratung des Etats mit Enttäuschungen allgemein politischen Charakters antworten. Die Bedeutung der Rede wird schon dadurch gekennzeichnet, daß mehrere Blätter verschiedene Parteirichtungen den gestrigen Vorgang in Erinnerung an den verstorbenen früheren Staatssekretär und Volkskammer v. Marschall als eine Flucht in die Öffentlichkeit bezeichnen. Herr v. Marschall hatte durch Anstrengung eines Prozesses sich gegen Treibereien gewandt, die seiner Auffassung nach von an sich untergeordneten Persönlichkeiten, aber, wie er meinte, auf Veranlassung politischer Parteien gegen seine amtliche und politische Stellung gerichtet waren.

In seiner gestrigen Rede wendete sich Herr v. Bethmann-Hollweg, wie der „Vorwärts“ sagt, mit ungewöhnlicher Schärfe und Erregung gegen die unterirdischen Treibereien, die gegen ihn von einflussreichen und mächtigen Cliquen ins Werk gesetzt werden, um ihn zu stürzen. Als die Gegner, gegen die sich die Rede des Kanzlers richtet, glaubt das sozialdemokratische Blatt die Konservativen und die Nationalliberalen bezeichnen zu können. Es sagt: „Wer da weiß, wie der Kanzler in den Kreisen der Großgrundbesitzer und der Großindustrie seit langem als „Schlappier“ bekämpft wird, wie geheime und anonyme Propaganden der Kriegshetze und Kriegsinteressenten in Massen gegen seine Kriegspolitik verbreitet werden, wer sich der Angriffe gegen seine Politik anlässlich der U-Bootsdebatte und des konservativ-nationalliberalen Vorstoßes bei der letzten Zensurdebatte erinnert, den wundert es schließlich nicht, daß der Kanzler gegen alle diese Treibereien in aller Öffentlichkeit einmal Front gemacht hat.“

Der „Berl. Lokalanzeiger“, dessen oft behauptete Beziehungen zur Wilhelmstraße wohl mindestens in gewissem Umfang als Tatsache zu betrachten sind, will es dagegen nicht Wort haben, daß der Kanzler sich gegen bestimmte Parteien gewendet habe, gibt aber deutlich zu verstehen, daß Herr v. Bethmann-Hollweg sich nicht etwa bloß von irgend einem unbekannten Skribenten, sondern von Einflüssen angegriffen fühlt, „die so mächtig sind, daß sie ernsthaften Schaden anrichten können.“ Er habe mit seiner Rede keine Antipathie zwischen den Parteien des Reichstages säen, sondern an den ganzen Reichstag Verwahrung einlegen wollen gegen die gemeingefährliche Tätigkeit d u n i L e r M ä c h t e, die sich nicht bewußt zu sein scheinen, daß sie einen unermesslichen Schaden dem Vaterlande zufügen, wenn sie mitten im furchtbaren Schicksalssturm in alle Welt hinaus schrien, daß ein schwacher zielloser Mann die Geschichte des Deutschen Reiches in der größten und gefährlichsten Stunde seiner Geschichte leite. Er habe, nicht um seiner Person willen, sondern um einer heiligen, vaterländischen Pflicht zu genügen, Verleumdungen seiner Person zurückweisen zu müssen glaubt, weil sie den inneren Frieden stören und im Auslande falsche Vorstellungen erwecken und gefährliche Wirkungen haben könnten. Herr v. Bethmann-Hollweg bezog keine Feinde, gegen die er im Interesse des Vaterlandes sich verteidigen zu müssen glaubte, als „Vikaren der öffentlichen Meinung, die häufig mit der Flagge der nationalen Ehre Mißbrauch treiben.“

Von den, wie er sagte, zu vielen Tausenden unter Aufwand großer Geldmittel verbreiteten Schriften ist die eine unter dem Pseudonym Junius Alter, die andere unter dem „guten Klangvollen“ Namen des Generallandchaftsdirektors Kapp in Königsberg erschienen. Junius Alter, der in der Zeit vom 21. Januar 1789 bis zum 12. Mai 1772 in der Zeit der ärgsten Korruption der englischen parlamentarischen Herrschaft König, Minister, Parlament, Gerichtshöfe und Staatsbeamte, Whigs und Tories in einer Reihe von Briefen im „Public Advertiser“ nicht bloß mit schonungsloser Satire, sondern auch mit unzerhörtem Jovinismus, gleichzeitig allerdings mit Geist und gründlicher Sachkenntnis angriff, hatte seine Feder anscheinend durch eine aus-

tief getäuschter Hoffnung entzündete Bitterkeit leiten lassen. Bitterkeit hat auch die Feder des zweiten Junius geführt, über die beiden Schriften urteilen die „Berl. Neuesten Nachr.“: Einige teils vermeintliche, teils bemerkliche Irrtümer stehen, soweit wir sehen können, in der Junius-Schrift. Gegen den Schluß hin werden auch manche zu scharfe Folgerungen gezogen, manche zu grelle Gesamtbildchen gezeichnet. Auch die Namenlosigkeit ist zu beklagen, zumal da die Nennung des Verfassers der „Sandschrift“ wohl eine sorgfältigere Nachprüfung einiger Auffstellungen zur Folge gehabt haben würde. Andererseits muß man gerechtere weise hervorheben, daß bisher diejenigen, die unter ihrem Namen offene Denkschriften aus vaterländischer Gesinnung und vaterländischer Überzeugung schrieben, persönlich eingengt, mit Zensur bedacht und nicht gerade mit voller Achtung ihrer Staatsbürgerrechte behandelt worden sind, so daß es natürlich ist, wenn die Hitze an andern Stellen nach innen geschlagen ist, wenn an die Stelle vaterländischen Eifers „Treibereien“ treten und wenn der Kern dieses oder jenes Kritikers sich dem „Pamphlet“ im Kanzlersinne mehr genähert hat. Zwei tatsächliche Ausstellungen an der Schrift konnte der Kanzler mit Recht machen; daß diese beiden Stellen aber charakteristisch für die ganze Darstellung und Kritik des Buches seien, haben wir beim Lesen vor einigen Tagen nicht gefunden. Generallandchaftsdirektor Kapp, dessen Name der Kanzler mit Recht als einen guten und klugvollen bezeichnete, ist bisher wohl allgemein als hochverdienter Mann anerkannt gewesen. Auf dem Gebiete des landwirtschaftlichen Darlehnswesens und der Entschuldung der Landwirtschaft hat er praktisch und schriftstellerisch Hervorragendes geleistet, nicht minder durch die Schaffung der Lebensversicherungsanstalt der Ostpreussischen Landwirtschaft. Er war noch in allerlehter Zeit als einer der ausständigsten Kandidaten für die Leitung des neugeschaffenen Kriegs-ernährungsamtes genannt worden. So scharf sich der Kanzler auch gegen ihn wandte, man wird bei Dr. Kapp doch wohl nur die edelsten und reinsten Beweggründe voraussetzen dürfen und höchstens annehmen müssen, daß er sich bei Darlegung seiner Auffassung infolge patriotischer Erregung vielleicht im Ausdruck und in der klaren Herausstellung seiner Gedanken vergriffen haben. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ meinen, der Kanzler habe in seiner eigenen Erregung wohl den Begriff des tertium comparationis übersehen, wenn er folgert, daß Herr Kapp die Zeit mit den Tagen von Jena verleihe, weil er äußerte, daß der augenblickliche Zensurfriede Ähnlichkeit habe mit dem weiland Schulenburgischen „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht!“ Kapp habe nur die befohlene Ruhe, aber nicht die beiden Zeiten verglichen.

Das Hauptorgan der Konservativen, die „Neuzeitung“ sagt über den Vorgang, der möglicherweise nicht zu vermeiden, jedenfalls aber, auch wenn notwendig, im höchsten Grade bedauerlich und unerquicklich war: Wenn der Reichskanzler in großer Ausführlichkeit und in sichtlich Erregung sich gegen eine anonym erschienene Schrift wendet, durch die er sich persönlich beleidigt fühlt, so erscheint uns dies als ein Vorgang, der nahezu ohne Beispiel in der Geschichte des Hauses dasht. Wir kennen bis zur Stunde weder die Schrift, noch ahnten wir, wer ihr Verfasser sein könnte, meinen aber, daß wir, wenn es sich wirklich nur um eine bloße Schmähschrift handelt, durch die Beschuldigung an einer in der ganzen Welt sichtbaren Stelle eine weder der Sache noch auch den Wünschen des Kanzlers dienende Bedeutung angewiesen, ja daß für sie so geradezu Neklame gemacht worden ist. Noch weniger begrifflich erscheint es uns, daß im Zusammenhange mit einer solchen Schrift vom Reichskanzler eine Darlegung genannt wird, für die ein weithin bekannter Verfasser mit seinem Namen und mit seiner Person eintritt. Aber auch hier fühlen wir keine Veranlassung, zu den Einzelheiten der durch private Zustellung verbreiteten Schrift des um das Vaterland und besonders um seine engere Heimat hochverdienten Generallandchaftsdirektors Kapp sachlich Stellung zu nehmen, besonders da die vom Reichskanzler intrinierte, aus dem Zusammenhange gelöste Wendung einer mißverständlichen Auffassung zum Opfer gefallen zu sein scheint, gegen die sich zu wehren Sache des Verfassers sein dürfte. Die Inverität schließlich, die der Reichskanzler über die Stellung und Haltung der Parteien nach Beendigung des Krieges äußerte — dem Hörer klingen übrigens die in Betracht kommenden Sätze hübniger im Ohre, als der Bericht besagt — darf wohl mit einem Fragezeichen versehen werden, wenn man sich in die Erinnerung zurückruft, daß das gesamte Programm der Sozialdemokratie von allen ihren Führern bei jeder Gelegenheit ausbrüchlich auch als gültig und bindend für die Zukunft bezeichnet wird.

W.W. Wien, 6. Juni. Die Blätter haben die Bedeutung der gestrigen Rede des deutschen Reichskanzlers hervor, bezeichnen sie als „flammende Kanzlerrede“ und nennen sie aufsehenerregend.

Das „Fremdenblatt“ sagt: Bethmann-Hollweg erörterte in der tiefdurchdachten, von edelstem Pathos getragenen Rede nicht nur die vergeblichen Anstrengungen unserer Feinde, die Front der Armeen des Vierbundes zu durchbrechen, sondern kennzeichnete die nutzlosen Bemühungen der Gegner, die innere Front im Deutschen Reiche zu sprengen. Das Blatt schließt: So ist jetzt die Zeit vorüber für Friedensgespräche deutschseits. Unabänderlich vollzieht sich das Schicksal, das unsere Gegner mutwilliger und verbrecherischer Weise heraufbeschworen haben.

Das „Neue Wiener Tagblatt“ sagt: Die gestrige Rede des Reichskanzlers gab der Reichstagsführung eine historische Weisheit. Aus der Rede des Staatssekretärs Helfferich tönt eine hinreichende Botschaft, und diese kurze Rede ist eine große Tat.

Die „Neue Freie Presse“ hebt den großen Beifall hervor, den der Reichskanzler mit seinen Ausführungen genietet hat.

Die Seeschlacht vor dem Skagerrak. Auszeichnungen.

W.W. München, 6. Juni. Der König hat Admiral Scheer das Großkreuz und Vizadmiral Hipper das Kommandeurkreuz des Militär-Max-Josef-Ordens verliehen und ihnen diese Verleihung in herzlichen Glückwunschtogrammen mitgeteilt.

Eine versteckte Zwangsanleihe in England.

□ Amsterdam, 5. Juni. (Telegr. d. Schief. Btg.) In welcher Geldnot England sich trotz des angeblich so reichenden Absatzes an Kurz- und langfristigen Schatzwechseln befindet, beweist die Tatsache, daß denjenigen Besitzern amerikanischer Wertpapiere, welche dieselben nicht an die Regierung zu den Zwecken der bekannten Devisenoperation in New-York verkaufen oder wenigstens leihweise überlassen wollen, eine zehnprozentige Kuponsteuer für die in ihrem Besitz befindlichen amerikanischen Papiere auferlegt werden soll. Dies kommt auf einen regelrechten Zwang, also auf eine Zwangsanleihe hinaus und beweist eher eine finanzielle Notlage als finanziellen Überfluß.

Die Kriegslage am Schlusse des Monats Mai.

III *) (Schluß.)

Berlin, 3. Juni.

Das ideale Ziel jedes großen Krieges, das in der Wehrlosmachung der Gegner besteht, hat der Vierbund bisher nur gegenüber Belgien, Serbien und Montenegro erreicht. Den Landstreitkräften der anderen europäischen Staaten hat er zahlreiche Niederlagen bereitet, sie sind physisch und moralisch geschwächt, aber noch operations- und kampffähig, an Zahl den unsrigen mindestens noch gleich. Große Gebietsteile dieser Staaten befinden sich in unserer Gewalt, aber die Hilfsmittel des größten Teiles ihrer Gebiete stehen noch zu ihrer Verfügung, sind zwar stark vermindert, indes noch nicht erschöpft. Unsere Gegner können daher den Landkrieg noch fortsetzen. Und, solange sie hierzu imstande sowie willens sind, die damit verbundene Gefahr auf sich zu nehmen, müssen wir weiter kämpfen, um unsere Kriegsziele zu erreichen. Ein Blick auf die bestehende Kriegslage berechtigt uns, dies mit voller Zuversicht zu tun. Auch würden wir uns im Recht befinden, wenn wir bei erfolgreicher Fortsetzung des Krieges unsere Ziele höher stellten.

Die Gegner haben jedoch noch ein zweites Eisen im Feuer. Sie glauben, daß sie, indem sie uns durch Absperrung von allem Verkehr mit der Außenwelt die Zufuhr unentbehrlicher Rohstoffe und Fabrikate entziehen und uns am Absatz unserer Erzeugnisse im Auslande verhindern, uns durch wirtschaftliche Not, besonders durch Hunger der Bevölkerung, zur Unterwerfung zwingen werden. Sie haben sich verrechnet. Die Absperrung ist ihnen allerdings bisher fast vollständig dadurch gelungen, daß sie, besonders England, sich rücksichtslos über die Regeln des Völkerrechts hinweggesetzt haben, und daß die neutralen Staaten, obgleich auch sie hart betroffen werden, dies mehr oder weniger unterwürdig hinnehmen. Gelungen ist unseren Gegnern auch — wir machen daraus keinen Fehl — die Ernährung der deutschen Bevölkerung empfindlich zu beeinträchtigen. Ja, es konnte bis vor kurzem noch Beforgnis bestehen, ob es möglich sein werde, nach dem ungünstigen Erntergebnis des vorigen Jahres die Bevölkerung von 70 Millionen, dazu eine große Zahl Kriegsgefangener, mit den Mitteln des eigenen Landes bis zur nächsten Ernte zu erhalten. Noch niemals ist eine ähnliche Aufgabe an ein Kulturvolk und einen Kulturstaat der Neuzeit herangetreten, woraus es sich erklärt, daß wir für sie nicht so gut vorbereitet waren, wie für andere Anforderungen des Krieges. Zu ihrer Lösung mußten völlig neue Wege gesucht, allen Schichten der Bevölkerung Entbehrungen auferlegt werden. Es konnte nicht ausbleiben, daß dabei Fehlgriffe vorkamen, hier und da auch unerfreuliche Erscheinungen anderer Art hervortraten.

Heute können wir wieder frei atmen, in der Gewißheit, daß wir über den Berg hinweg sind, daß unsere Lebensmittel ausreichen, unter der einen Bedingung nur, daß wir sparsam damit umgehen und diese Pflicht von Jedermann unter Befolgung der zu diesem Zweck ergehenden Vorschriften gewissenhaft erfüllt wird. Wir verdanken dies, nächst Gott und dem heimatlichen Boden, dem festen Gessige und gesunden Organismus unseres Staatswesens, der Einsicht, Vaterlandsliebe, Pflichttreue, Tapferkeit und Opferfreudigkeit sowie dem Gemeinsinn, die in allen Klassen unseres Volkes vorherrschen, endlich der hohen Entwicklung und harmonischen Geschlossenheit unserer Volkswirtschaft. Und wie unsere Nahrungsmittel ausreichen werden, so wird es uns trotz der Absperrung auch wieder an den notwendigen Geldmitteln nach an dem erforderlichen Kriegsmaterial fehlen, während noch, mit so gewaltigen Mengen Kriegsmaterial vom Auslande unterstützten Gegner wiederholt daran empfindlichen Mangel gelitten haben, auch neuerdings wieder von solchem bedroht zu sein scheinen.

Und nun ist an dem letzten Tage des Wonnemonats ein Ereignis eingetreten, das Anlaß zu dem Zweifel gibt, ob es unseren Feinden fernherhin möglich sein wird, uns den Seeverkehr in dem bisherigen Maße zu sperren. Es ist dies der herrliche Sieg, den die deutsche Flotte vor dem Skagerrak über die englische errungen hat. Es erscheint nicht unmöglich, daß eine seiner Folgen in dem Wiederaufleben einer, wenn auch beschränkten Zufuhr auf dem Seewege zu uns besteht. Wenn diese Erleichterung uns zuteil werden sollte, so wollen wir uns dessen von Herzen freuen. Aber aufs nachdrücklichste muß schon jetzt vor dem Gedanken gewarnt werden, daß wir im Vertrauen hierauf in geringsten von den bisher für notwendig erachteten Sparmaßnahmen abweichen dürften. Wir würden dadurch die Sicherheit gegen die Gefahr, durch Hunger zu unterliegen, leichtsinnig aus der Hand geben, — ein unerträglichen Gedanke!

Aber die Bedeutung unseres Seesieges geht weit über seinen Einfluß auf die Absperrungsfrage hinaus. So unvollständig auch die Nachrichten über ihn zur Stunde noch sind, kann man doch schon jetzt sagen, daß er nicht nur von großem Einfluß auf den weiteren Verlauf und Ausgang des gegenwärtigen Krieges sein wird, sondern als eines der folgenschwersten Ereignisse der neuen Weltgeschichte zu betrachten ist. Denn die Alleinherrschaft auf dem Meere, die England bisher als ein selbstverständliches Vorrecht beansprucht und in rücksichtslos selbstfüchtiger Weise gemißbraucht hat, ist durch die erlittene Niederlage seiner Flotte so tief erschüttert, daß sie selbst dann, wenn sie für eine neue Schlacht eingesetzt werden und aus dieser siegreich, wenn auch stark zerschüttelt hervorgehen sollte, das frühere Ansehen nicht wieder erlangen würde.

Volk und Meer aber jubelt der Flotte zu, deren Schöpfung das unsterbliche Verdienst unseres Kaiserlichen Herrn und seines getreuen Gehilfen Tirpitz ist, der deutschen Flotte, die die auf sie gesetzten Hoffnungen so herrlich erfüllt hat!

von Blume, General d. Z. z. D.

*) Vergl. die Nummern 387 und 390.

Ablehnung der Kriegsgewinnsteuer in Rußland.

W.W. Petersburg, 6. Juni. Der Reichsrat hat die von der Rechten vorgeschlagene Kriegsgewinnsteuer mit 70 gegen 43 Stimmen abgelehnt.

Aufnahme von Volksschülern in die Sexta.

§§ Über die Aufnahme von Volksschülern in die Sexta höherer Lehranstalten wird, wie schon kurz mitgeteilt, demnächst ein Erlaß des Kultusministers erscheinen. Der Erlaß wird feststellen:

Eine besondere Aufnahmeprüfung der vom Rektor oder vom Kreisinspektors für die höhere Schule reif befundenen Volksschüler fällt weg. Zum Eintritt berechtigt der dreijährige Besuch einer Volksschule. Die Vorschulen haben ihre Anforderungen bis auf diesen Standpunkt zu ermäßigen. Wenn die zur Aufnahme empfohlenen Volksschüler sich in der Sexta als unreif zeigen, so sind sie mit Begründung wieder der Volksschule zuzuweisen.

Die „Voss. Ztg.“ bezeichnet diesen Erlaß als Einlösung eines von Herrn von Trotz zu Solz im März im Abgeordnetenhaus gegebenen Versprechens und führt weiter aus:

Im Ausschusse des Abgeordnetenhauses für den Staatshaushalt waren damals mehrere Anträge besprochen worden, in denen die Staatsregierung aufgefordert wurde, unter Aufhebung der Vorrechte der Vorschüler Volksschülern in größerem Umfang als bisher die Möglichkeit zum Besuch höherer Schulen zu gewähren. Darauf erklärte der Minister, er beabsichtige, dafür zu sorgen, daß die Anforderungen an die aufzunehmenden Sextaner dem angeleglichen Würden, was in der Volksschule gelehrt werde. Die „Voss. Ztg.“ bemerkt über den Erlaß noch, er werde vom Standpunkt der liberalen Weltanschauung grundsätzlich mit Freuden begrüßt werden können; bringe er doch alles, was sachverständige Abgeordnete stets gefordert hätten: Gleiches Recht für Vermittelte und Unbemittelte, die Möglichkeit des Aufstieges für die wirklich Talentierten. Ohne die Vorschulen zu verbieten, die vielen als Ständeschulen erscheinen, mache er sie gegenstandslos, denn ihr einziger Zweck, in drei Jahren die Sextareife zu erreichen, was die Volksschüler bis jetzt nur in vier Jahren durchzuführen vermochten, sei hinfällig geworden. Ihre Vorrechte, die Schüler ohne Prüfung der höheren Schule zu übernehmen, sei dahin. So würden sie allmählich eingehen. Preußen reiße damit im Bildungsweisen eine Schwänke nieder, die die Stände von einander trennen, ja es werde liberaler als Österreich und Bayern; denn während diese beiden Staaten einen vierjährigen Besuch der Volksschule forderten, begnüge sich Preußen mit drei Jahren. Der Erlaß sei ein schulpflichtiges Meisterstück.

Ein pädagogischer Mitarbeiter des fortschrittlichen Blattes sagt noch, alles werde und müsse darauf ankommen, daß der Erlaß sinnig gemacht durchgeföhrt werde. Das werde nicht ganz leicht sein, denn die Schwierigkeiten für den Schulbetrieb seien nicht zu unterschätzen. Die Folge des Erlasses werde zunächst eine sehr starke Verringerung der Sexten sein. Der Leistungsdurchschnitt dieser Klasse müsse sinken. Schon jetzt, nach vierjährigem Verbleiben in der Volksschule, werde es den Kleinen oft schwer, sich in den neuartigen Unterricht hineinzufinden. Ein Ausgleich aber müsse stattfinden, denn, wie der Minister und alle Parteien einmütig erklärt haben: Die Leistungen der höheren Schulen dürfen nicht sinken. Wo soll er eintreten? Siderlich während des Sextanerjahres durch Ausschreibung der Inangenehmen. Es ergibt sich daraus mit Notwendigkeit, daß in den Sexten fortan nicht mehr junge Lehrer, wie jetzt noch oft, sondern erfahrene ältere Oberlehrer unterrichten dürfen, die mit Ausschreibung jedes nicht rein sachlichen Gesichtspunktes über ihre Schüler entscheiden.

Die Bedenken, welche gegen die hier angekündigte Maßnahme bestehen, werden weder durch die Lobeserhebungen der „Vossischen Zeitung“ noch durch die sachlich gehaltenen Bemerkungen ihres pädagogischen Mitarbeiters aus der Welt geschafft. Ein bestimmtes Urteil wird man erst gewinnen können, wenn der Erlaß des Ministers im Wortlaut vorliegt.

Der Verbrauch von Zeitungsdrukpapier.

Über die Regelung des Verbrauches von Zeitungsdrukpapier bestimmt eine Bekanntmachung des Reichsanzlegers vom 3. Juni auf Grund der Verordnung des Bundesrates vom 18. April d. J. über Drukpapier folgendes:

§ 1. Der Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe wird ein Verzeichnis beigegeben, das aus Vertretern der beteiligten Gewerbe besteht und über grundsätzliche Fragen, die den Papierverbrauch der beteiligten Gewerbe betreffen, zu hören ist. Die näheren Bestimmungen über die Zusammenstellung des Verzeichnisses und die Bestellung der Mitglieder trifft der Reichsanzleger. Die Mitglieder des Verzeichnisses sind verpflichtet, über Einrichtungen und Geschäftsverhältnisse, die durch die Ausübung ihrer Befugnisse zu ihrer Kenntnis kommen, Verschwiegenheit zu beobachten und sich der Mitteilung und Verwertung der Geschäfts- und Betriebsverhältnisse zu enthalten. Sie sind hierauf zu vereidigen.

§ 2. Die kostenlose Abgabe von Sonderblättern (sogen. Extra-Blättern), abgesehen von solchen, deren Ausgabe die Oberste Seeresleitung ausdrücklich als erwünscht bezeichnet hat, wird verboten.

§ 3. Die Zahl der Zeitungsbeilagen, die auf anderem als maschinenglattem, holzhaltigen Drukpapier gedruckt und einer Zeitung, Zeitschrift oder sonstigen periodisch erscheinenden Druckschrift kostenlos beigelegt werden, darf vom heutigen Tage ab nicht vermehrt werden. Die Beilegung einzelner Prosopette, Neffames- und ähnlicher Beilagen wird von diesem Verbote nicht berührt. Der Seitenumfang von Zeitungsbeilagen der in Abs. 1 genannten Art darf vom heutigen Tage ab über den Seitenumfang hinaus, den die Beilagen in der zweiten Woche des Monats Mai 1918 gehabt haben, nicht vermehrt werden.

§ 4. Zeitungsbeilagen, die in dem verwendeten Papier und der Ausstattung mit dem Hauptblatt der Zeitung übereinstimmen, dürfen vom heutigen Tage ab auf anderem als maschinenglattem, holzhaltigen Drukpapier nicht gedruckt werden. Zeitungen, Zeitschriften und sonstige periodisch erscheinende Druckschriften, die bis zum 18. April 1918 auf maschinenglattem, holzhaltigen Drukpapier gedruckt worden sind, dürfen vom heutigen Tage ab nur auf solchem Papier gedruckt werden.

§ 5. Der Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe sind auf deren Ersuchen unbeschränkt alle Auskünfte zu erteilen, die erforderlich sind, um die Durchführung der vorstehenden Bestimmungen zu überwachen.

Zu widerhandlungen werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark bestraft.

Aus der Reichshauptstadt.

Herr von Oppen, der neue Polizeipräsident von Berlin, hat am Montag sein Amt angetreten. Im Polizeipräsidentium fand die Begründung des neuen Besatzes statt, zu der die Polizeipräsidenten oder deren Vertreter der übrigen Groß-Berliner Gemeinden erschienen waren. Oberpräsident von der Schulenburg führte Herrn von Oppen ein.

§§ Die vor einiger Zeit in Charlottenburg wegen der Feuerung der Lebensmittel vorgekommenen Unruhen hatten gestern vor dem Schwurgericht ein Nachspiel. Es waren sechs Personen wegen Landfriedensbruch angeklagt. Drei wurden freigesprochen, ein Mann wurde zu einem Jahr Gefängnis, seine Frau zu acht Monaten Gefängnis verurteilt, ein siebzehnjähriger junger Mensch wurde zwar auch des einfachen Landfriedensbruchs schuldig befunden, doch wurde er nicht verurteilt, weil ihm die Einsicht von der Strafbarkeit seiner Handlungsweise gefehlt habe; er soll aber in eine Erziehungsanstalt gebracht werden.

— Massenpeisung in Berlin. In der gestrigen Beratung des Wirtschaftsrats für Volksspeisung wurde zunächst der Wunsch endgültig festgestellt, daß die Volksspeisung allen Schichten der Bevölkerung gleichmäßig zugänglich sein und nicht den Charakter einer Unterstützung, sondern den einer Lieferung gegen Entgelt, und zwar gegen die Selbstkosten der Stadt, tragen soll. Die Aufgabe der Speisen soll gegen Wochenkarten erfolgen. Das heißt

für sechs Tage auf einmal; wer es besonders verlangt, soll jedoch auch am Sonntag gespeist werden. Man gelangte zu dem Ergebnis, daß gegen eine nachts Mittagspeise höchstens zwei Drittel von der Fleischkarte und ebensoviel von der Kartoffelkarte abgegeben werden, dagegen die Brotkarte, die Butterkarte und die Zuckerkarte den Haushaltungen für ihre sonstigen Mahlzeiten ungeschmälert verbleiben sollen.

§§ Für die Errichtung eines Reichshandelsamtes zeigt sich an vielen Stellen großes Interesse. Nachdem vor kurzem die Handelskammer Vorrath sich in dieser Frage in einer Eingabe an den Reichstag gewandt hat, hat die Ortsgruppe Leipzig des Verbandes sächsischer Industrieller sich in ihrer letzten Hauptversammlung einmütig für diese Forderung ausgesprochen. Dasselbe hat in seiner Hauptversammlung in Gotha der Verband thüringischer Industrieller getan. In den letzten Tagen hat sich die Arbeitsgemeinschaft der Elbe-Schiffervereine in einer Eingabe an den Reichstag für die Errichtung des Reichshandelsamtes eingesetzt. Bedenklich aber erscheint weiterhin, daß der Vorstand des Bundes der Industriellen unter Bezugnahme auf einen höheren Beschluß seines Ausschusses sich in seiner letzten Vorstandssitzung ebenfalls einmütig für die Schaffung eines solchen Amtes ausgesprochen hat. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß die gesamte deutsche Ausfuhrindustrie hinter dieser Forderung steht, die, wie die „Telegraphen-Union“ erfährt, den Reichstag auch noch vor Schluß dieses Sitzungsabschlusses beschäftigen wird.

W. W. Konstantinopel, 6. Juni. Der Verteidiger von Adrianopel während des Balkankrieges, Schutri Pascha, ist gestorben.

Schlesien.

Wettkämpfe im Wehrturnen.

Das Kriegsministerium versendet einen Erlaß betr. die Abhaltung von Wettkämpfen im Wehrturnen der militärischen Vorbildung der Jugend. Die Wettkämpfe werden innerhalb von Bezirken ausgetragen, deren Abgrenzung durch die General-Kommandos bestimmt wird. Zu den Wettkämpfen kann jeder Jungmann zugelassen werden, der vor dem 15. Mai 1918 in eine Jugendabteilung der staatlich unterstützten freiwilligen militärischen Vorbildung der Jugend eingetreten ist und das 16. Lebensjahr vollendet hat. Die Teilnahme ist durchaus freiwillig und kann sich erstrecken entweder auf den Dreikampf oder auf bis zu vier Einzelwettkämpfe oder auf den Dreikampf und bis zu zwei Einzelwettkämpfe. Den Endkämpfen, die in der Zeit vom 1. bis 15. September 1918 ausgetragen werden, gehen weitere und engere Auscheidungskämpfe voraus. Die Jungmänner, die sich zur Teilnahme an den Wettkämpfen bereit erklärt haben, sind vorher ärztlich zu untersuchen. Hierfür können vom Kriegsministerium Mittel nicht bewilligt werden.

Der Dreikampf besteht aus a) Hindernislauf über eine Strecke von 110 Meter. Die Hindernisse sind: eine feste Schranke oder ein Baum, (Höhe 1,50 Meter), ein Graben (Breite 2,75 Meter) oder ein durch zwei Mallen begrenztes Stück der Strecke von gleicher Breite, ein Erdwurf (0,80 Meter Höhe, 0,50 Meter Krone, 1 Meter Fußsohle); außerdem sind 10 Meter der Strecke kriechend (Knaben) zurückzulegen; b) Weitsprung ohne Sprungbrett; c) Wurfung im Wehrturnen mit Handgranaten und zwei Wehrwürfen aus dem Lauf mit Einwerfen, Zielwurf aus einem Schützengraben.

In Einzelwettkämpfen sind anzuschreiben: Schnelllauf über 100 Meter mit Anlauf aus dem Liegen, Hochsprung ohne Sprungbrett, Stabhochsprung ohne Sprungbrett, Stafetten drei Stöße, am Med a) eine Rüstübung: aus dem Langhang durchhaken in den Gang rückwärts, mit Loslassen der linken oder rechten Hand, ganze Drehung um die Längsachse, Aufzug (nicht Aufführung) in den Streckstüb, langsames Gehen in den Langhang, Niedersprung; b) eine Rüstübung; am Barren (Lopshoch) eine Rüstübung: aus dem Außenquerstand vorwärts aufsteigen mit Vorbehalten der Hände in den Streckstüb, Bruchstücheln mit Vorhissen der Hände bis an das andere Ende des Barrens, Rückhängen und Ausgrätschen vorwärts zum Stand; h) eine Rüstübung.

An Gruppenwettkämpfen sind vorgesehen: Eilbotenlauf über 600 Meter (5x120 Meter), Barlauf, Schlagballspiel, Fußballspiel. Schließlich wird sich der Wettkampf nach auf Entfernungsfächern erstrecken.

Die äußere Kennzeichnung der Waren.

Berlin, 6. Juni. Durch die Bekanntmachung über die äußere Kennzeichnung von Waren vom 26. Mai wird dem Publikum ein äußerst wertvolles Schutzmittel gegen Überborteilung geboten. Für eine ganze Anzahl von Waren, die in geschlossenen Packungen oder Behältnissen in den Verkehr gebracht werden — Fleisch, Gemüse, Obst, Fisch, Milch, Sahnekonserven, diätetische Nährmittel, Fleischextrakt und dessen Ersatzmittel, Bouillon- und sonstige Suppenwürfel, Kaffeemischungen, Kaffees, Tees, Kakaoersatzmittel, Warmeladen, Obstmus, Kunsthonig, sonstige Fettersatzstoffe zum Brotbacken, Käse, Schokoladen, Schokoladenpulver, Zwieback, Reis — sind nämlich genaue Angaben über Herkunft, Herstellungszeit, Inhalt und Preis vorgeschrieben, die auf dem Verhältnis oder der Packung angebracht sein müssen und nachträglich nicht geändert werden dürfen. Zunächst ist die Firma zu vermerken, die die Ware herstellt oder die sie unter ihrem Namen in den Verkehr bringt. Sodann ist die Zeit der Herstellung oder Füllung nach Monat und Jahr anzugeben. Der Inhalt ist in handelsüblicher Weise zu bezeichnen: entweder nach Maß oder Gewicht oder nach Stückzahl. Bei Fleischkonserven muß das Mindestgewicht des in der Konserve enthaltenen Fleisches mit Fett, aber ohne Knochen angegeben werden, bei Geflügelkonserven das Mindestgewicht des Fleisches mit Knochen und Fett, bei Gemüse- und Obstkonserven das Mindestgewicht des Gemüses oder Obstes (bei Füllung) ohne den Flüssigkeitszusatz. Bei Fleischkonserven (Carbinnen, Heringe u. dergl.) genügt, wenn die Fische von durchschnittlicher Größe sind, die Stückzahl. Die Befestigung oder Unkenntlichmachung der Preisangabe z. B. durch Überkleben ist verboten und strafbar.

Jede des Publikums wird es sein, die Abereinstimmung des Inhalts mit den Angaben der Packung und die Angemessenheit der Preisforderung zu kontrollieren und Überborteilungen an zuständigen Stellen — bei den Preisprüfungsstellen oder den Polizeibehörden — zur Anzeige zu bringen. Die Kennzeichnung ermöglicht zuverlässige Beurteilung der Anzeigen und sicheres Einschreiten gegen Betrug oder Überforderung.

Die Bestimmungen treten am 15. Juni in Kraft. Sie gelten nicht für Waren, die vorher hergestellt und in den Verkehr gebracht sind.

Personalnachrichten.

* Der Privatdozent der Geographie, Dr. Dietrich, ist anstelle des erkrankten Geh. Regierungsrats Professor Dr. Supan zum stellvertretenden Mitgliede der wissenschaftlichen Prüfungskommission für das Fach der Erdkunde ernannt worden.

* Dem königlichen Landesgeologen und Dozenten an der Bergakademie, Professor Dr. Richard Michael, kurzzeit Degenerent des Verwaltungsrates beim Generalgouvernement Warschau, ist der Charakter als königlicher Preussischer Geheimrat verliehen worden.

* Die preussische Verlustliste 546 enthält unter anderem folgende Angaben: Ref.-Inf.-Regt. 23. Hauptm. d. R. Fritz Adamischek (Doppeln) gefallen, Leutn. d. R. Peter Paulus schwer verw., Leutn. d. R. Heinz Eibis (Wünchelburg, Neurode) gefallen, Leutn. d. R. Hans Kampmann gest. an f. Wunden, Leutn. d. R. Franz Jischer (Mengersdorf, Glatz) verw.; Inf.-Regt. 41. Leutn. d. R. Fritz Moh (Mieder Hermsdorf, Waldenburg) schwer verw.; Feldart.-Regt. 16. Leutn. d. R. Waldemar Stedel (Mühlau, Hoherswerda) gefallen.

O Briesg, 6. Juni. Der verstorbene Landtagsabgeordnete Kache wurde gestern im Erbegräbnis seiner Familie auf dem alten evangelischen Friedhofe beigesetzt. Bei der Feierlichkeit in der Begräbnisstraße hielt Pastor pr. Dr. Drescher die Leichenrede. Am Grabe sprach noch der Schwager des Verstorbenen, der jetzt in Liegnitz lebende ehemalige Pastor von Wienowitz, Goebel. In Liegnitz befanden sich die Landtagsabgeordneten Professor Dr. Schaub und Dr. Zimmer, ferner Landrat Graf von Noehren, Oberbürgermeister Riba, Graf Pfeil auf Kreisewitz, Kammerherr von Woyrsch auf Schwanowitz. Die konservative Partei des Landes der Abgeordneten hatte einen großen Kranz gesandt. Einen Kranz aus roten Rosen ließ der Wund der Landwirte der Provinz Schlesien durch seinen Geschäftsführer Guth aus Breslau niederlegen.

* Breslau, 6. Juni. Die Breslauer Lehrer und Lehrerinnen veranstalteten im April d. J. eine siebente Kriegssammlung. Rund 10 500 Mark konnten durch diese neue Sammlung dem Betrage der sechs ersten Sammlungen hinzugefügt werden. Der Gesamtbeitrag der Kriegssammlung hat damit die Summe von 111 200 Mark erreicht. Von der neuen Sammlung wurden 2500 Mark dem Nationalen Frauendienst zur Verfügung gestellt. Die demselben gemachten Zuwendungen haben damit den Betrag von 57 000 Mark erreicht. 500 Mark wurden dem Roten Kreuz überwiesen. Für Sonderzwecke wurden bei der letzten Sammlung im ganzen 463 Mark gezehnet und durch den Verwaltungsausschuß mit einigen Erhöhungen den in Frage kommenden Stellen zugeführt. Der Restbetrag von rund 7000 Mark wurde der kollegialen Kriegshilfe zugewiesen und damit die für diese Zwecke bisher aufgebraachte Summe auf rund 47 500 Mark erhöht. Der Verwaltungsausschuß beschloß, im Juli d. J. eine achte Kriegssammlung zu veranstalten.

— Zur Kartoffelversorgung macht der Magistrat Wäubler und Vorkosthändler darauf aufmerksam, daß sie bereits vom Mittwoch, 7. Juni 1918 ab Kartoffelmärkte in Bezugsgebiete, die vom 9. bis 20. Juni 1918 gelten, in der Geschäftsstelle der Kartoffelversorgung, Blücherplatz 16, Erdgeschoss links, Zimmer 2, werktäglich von 8 bis 1 Uhr umtauschen können. Wer bald umtauscht, hat den Vorteil, daß er bald abgefertigt wird und nicht in den starken Andrang kommt, der nach dem 8. Juni 1918 auf einige Tage eintritt.

— Aus den Polizeilichen Meldungen. Gestohlen wurden: in einem Geschäft Klosterstraße 146 am 3. Juni einer Frau ein schwarzes Geldtäschchen mit 24 Mk., an demselben Tage in der Markthalle 1 (Mitterplatz) einer Frau eine rotbraune Geldtasche mit 9 Mk. Geld, einem silbernen Kleeblatt und einem kleinen Anhänger in Form eines Eisernen Kreuzes, aus einer Wohnung Jöhrensstraße 26 durch Einbruch 4 Mk. Geld, 5 Konjunkturmarken und 100 Marktmärken. — In der Nacht zum 3. Juni aus einer Wohnung Weichstraße 12 ein Sackettanzug, eine goldene Damenuhr mit goldener Kette, eine silberne Herrenuhr, 2 goldene Herrenuhrenketten und 60 Zigarren, aus einem Keller im Hause Messergasse 14/16 zwei Frauen mit eingelegeten Wollbrühen, Schoten und Wirsingbohnen, eine Flasche Roselwein und 25 Pfund Kartoffeln. — Beim Geldwechseln betrogen wurde am 2. Juni vormittags die Inhaberin eines Geschäfts im Hause Brüderstraße 37, die stark kurzichtig ist. Ein etwa 20jähriger Mann ließ sich bei einem Einkauf auf einen Fünftelmarktschein herausgeben, zahlte jedoch nur einen Zwanzigmarktschein.

— Eine Schaufensterscheibe gerträmert wurde am 4. Juni mittags in dem Hause Junkernstraße 50. Allem Anschein nach hat ein Wube ein abgedrehtes Stück Rundisen mit einer Schleuder in die Scheibe geworfen.

[Landtagsabgeordneter Bieder t.] Am Sonnabend ist der konservative Landtagsabgeordnete für den Wahlkreis Kolmar-Ezarnikau-Gilehne, Landgerichtspräsident Bieder, infolge eines Herzschlages gestorben. Er vertrat den Wahlkreis seit dem Jahre 1903, in dem er als deutscher Kompromißkandidat seines Heimatkreises gewählt wurde. An nationalen und kulturellen Fragen nahm er, wenn es sich um die Gebung der Ostmark und die Förderung des Deutschthums handelte, stets hervorragenden Anteil. Er stand im 63. Lebensjahre. Am 6. März 1880 zum Gerichtsassessor ernannt, wurde er am 1. November desselben Jahres Amtsrichter in Lubitz. 1888 kam er als Landrichter nach Biffa, wo er 1894 Landgerichtsrat wurde. 1897 wurde er Landgerichtsdirektor in Schneidemühl. Seit dem 1. Oktober 1914 war er in gleicher Eigenschaft am Landgericht I Berlin tätig.

Handelstell.

Einschränkung der Börsenspekulation.

* In der am 5. d. Mts. von den Mitgliedern der Berliner Stempelvereinigung abgehaltenen Sitzung, die mehrere Stunden dauerte, wurden die Möglichkeiten erörtert, unter denen die Einschränkung der Börsenspekulation sich wirksam würde durchführen lassen. Außerem Vernehmen nach sollen die Mitglieder die schon gemeldete Ausföhrung des Ausschusses des Vereins für die Interessen der Fondsbörse sich zu eigen gemacht haben, indem auch sie sich gegen jede Erhöhung der Umsatzsteuer aussprachen und eine solche eventuelle Maßregel als geradezu unheilvoll für die Börse und für die Volkswirtschaft überhaupt bezeichneten. Man habe anscheinend auf bestimmte Vorschläge sich nicht feilgelassen, sondern will in der Vespredung mit der Regierung die zur Einschränkung der Aktienpekulation geeignete Möglichkeit zu finden suchen, die u. a. in der Verkürzung der Börsenzeit (auf etwa eine Stunde) und in der Einschränkung der privaten und öffentlichen Verichterstattung geseheu werden. Da die Mitglieder der Stempelvereinigung Vorschläge für die Zweck einer Effektenpekulation schon seit ihrer offiziellen Teilnahme am freien Effektenhandel nicht mehr gewährt haben, so stand die Frage einer Einschränkung solcher Kredite nicht zur Diskussion.

Englische Kriegsanleihezertifikate.

Aus London erfährt die „Voss. Ztg.“: Die englische Regierung bereitet die Ausgabe von Kriegsanleihezertifikaten mit zweijähriger Laufzeit zu festem Diskont in Abschnitten zu 1000, 5000 und 10 000 Pfund vor.

Ein Lieferungsverbot für verkolungsfähige Kohlen.

Obh. Zweck Erhöhung der Gewinnung von Nebenprodukten erließ das Generalkommando in Münster (Westf.) ein Lieferungsverbot für verkolungsfähige Steinkohle ab 15. Juli. Danach haben die Bergwerke ihre Kohlen den eigenen oder fremden Kokereien und Gasanstalten zuzuföhren. Zu andern Zwecken darf nur ein etwa verbleibender Überschuß geliefert werden, den die Behörden im Streitfall festlegen.

* Versammlung Breslauer Börseninteressenten. Breslau, 6. Juni. Die Versammlungen der Berliner Börsenverbände und Bankiervereinigungen bezüglich der Fragen, die die beabsichtigten Maßnahmen der Regierung aufgerollt haben, dauern noch an. Obwohl diese Maßnahmen noch nicht veröffentlicht sind, ist ihre Wirkung heute schon in einer sehr merkwürdigen Stille in der privaten Börsenversammlung hervorgetreten. Der größte Teil der sonst begünstigten Industriaktien, wie Archimedes, Textil- und Zuderwerte fanden nur geringe Beachtung oder neigten im Preise nach unten. Regem Interesse begegneten am Bergwerksmarkt nur Oberschlesischer Eisenbahnbedarf infolge von Mitteilungen über sehr günstige Betriebsergebnisse im ersten Vierteljahr. Ihnen schlossen sich im weiteren Verlaufe Carco-Gegenstände in in guter Haltung an. Festverzinsliche Anlagepapiere ließen bei bescheidenen Umsätzen behauptet bei Nachfrage für Staatsanleihen. Die Festigkeit täglich umbarren Geldes hält an.

